

Bundesgeschäftsstelle

Mallwitzstraße 16

53177 Bonn

Telefon 0049 228 – 85 57-0

Telefax 0049 228 – 34 06 71

E-Mail: info@fvdz.de

Web: www.fvdz.de

Bundesgesundheitsminister

Prof. Dr. Karl Lauterbach

Friedrichstraße 108

10117 Berlin

Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Sehr geehrter Herr Minister Lauterbach,

die im vorliegenden Entwurf eines GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes enthaltenen Regelungen für den vertragszahnärztlichen Bereich sind für uns als niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte absolut inakzeptabel. Der zahnärztliche Anteil an den GKV-Ausgaben ist deutlich gesunken – von fast neun Prozent im Jahr 2000 auf aktuell nur noch gut sechs Prozent.

Dennoch soll die Gesamtvergütung zahnärztlicher Leistungen 2023 und 2024 nur noch in einem Ausmaß steigen dürfen, das deutlich unterhalb der Veränderungsrate der Grundlohnsumme liegt, während der Leistungskatalog für gesetzlich Versicherte im vergangenen Jahr deutlich ausgeweitet wurde. Es sollen also mehr Leistungen für weniger Honorar erbracht werden.

Sie hatten erklärt, angesichts der steigenden Inflation gebe es keinen Spielraum für Budgetierungen. Jetzt sollen zur Entlastung der GKV-Finanzen die Honorare der Ärzteschaft reduziert werden. Sie setzen damit die Politik der Missachtung gegenüber den Leistungsträgern der ambulanten Versorgung Ihres Vorgängers fort, der uns in der Corona-Pandemie die kalte Schulter gezeigt hat.

Steigende Energiekosten, galoppierende Inflation und Fachkräftemangel belasten nicht nur
die Krankenhäuser, die Pflegeberufe und den ÖGD, sondern auch die Niedergelassenen.
Sie und Ihre Vorgänger verweigern uns seit 34 Jahren eine Anhebung des Punktwertes der
Gebührenordnung. Die Wiederbelebung der Budgetierung wird der Versorgung
irreparablen Schaden zufügen, denn ältere Kolleginnen und Kollegen werden entnervt aufgeben –

Jüngeren wird die Basis für den Start in die Selbstständigkeit entzogen. Die Bereitschaft der jüngeren Kolleginnen und Kollegen zur Niederlassung in eigener Praxis wird weiter sinken, denn sie tragen zwar das volle betriebswirtschaftliche Risiko, haben aber durch erratische Budgetpolitik keine Planungssicherheit für die Zukunft.

Sehr geehrter Herr Minister,

wenn Sie wissen möchten, was eine freiberuflich und selbstverwaltete Versorgung gegenüber einer staatlich organisierten ausmacht, dann schauen Sie nach Großbritannien:

In dem reichen und modernen Industrieland gibt es (unabhängig von Corona) monatelange Wartelisten für Operationen, zahnärztliche Patienten greifen im Notfall selbst zur Zange und besorgen sich Zahnersatz als do it yourself kit im Internet. Ganze Landstriche sind von (zahn-)medizinischer Versorgung abgeschnitten. Patienten müssen Hunderte von Kilometern auf sich nehmen, um einen Zahnarzt zu finden, der sie behandelt. Lassen Sie es bei uns nicht so weit kommen.

Als Zahnärztinnen und Zahnärzte setzen wir auf Prävention – das heißt: Wir handeln, bevor es zur Notlage kommt. Nehmen Sie den Gesetzentwurf in dieser Form zurück!

Mit freundlichen Grüßen

Berliner Büro

Auguststraße 28

10117 Berlin

Telefon (030) 24 34 27-0

Telefax (030) 24 34 27-67

Berliner Büro

Auguststraße 28

10117 Berlin

Telefon (030) 24 34 27-0

Telefax (030) 24 34 27-67